



öffentlich

Betreff:
Allianz für die Familie

Erstellungsdatum 07.09.2004

Eingang 902:

Einreicher: CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
29.09.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, inwieweit die Familienpolitik der Landeshauptstadt Potsdam durch eine, vom Bundesfamilienministerium empfohlene, „Allianz für die Familie“ gefördert werden kann. Hierzu ist in der ersten Sitzung der SVV im Jahr 2005 zu berichten.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem Antrag 03/SVV/0331 hatte die CDU-Fraktion eine Prüfung gefordert, „wie durch Instrumente der Familienpolitik – Familienbericht, Familienförderplan, Familienfreundlichkeitsprüfung sowie Familienbeauftragte/r – die Familienpolitik der Landeshauptstadt Potsdam verbessert werden kann“. Weil der Antrag damals bei den Stadtverordneten auf völliges Desinteresse stieß, wurde er angesichts des Endes der Wahlperiode zurückgezogen. Da sich nunmehr in Brandenburg auf Landesebene ein Beirat für Familienpolitik gebildet hat und bereits Brandenburger Gemeinden der Empfehlung des Bundesfamilienministeriums, „Allianzen für die Familie“ auf lokaler Ebene zu bilden, gefolgt sind, wird dieser Antrag in abgewandelter Form erneut gestellt. Die Begründung des Antrages 03/SVV/0331 hat nichts von ihrer Bedeutung verloren.